

Bonn und sein „Dienst“

VON JOSEF JOFFE

Alle Demokratien tun sich schwer mit ihren Geheimdiensten, und die Bundesrepublik ganz besonders – siehe zuletzt den Fall Stavenhagen –, denn „geheim“ und „demokratisch“ passen nicht zusammen. Demokratie heißt Öffentlichkeit, Diskussion und Kontrolle durch das Volk. Geheimdienste aber müssen *per definitionem* im dunkeln arbeiten und manchmal im Namen der Staatsräson Dinge tun, die den Staat in üble Bedrängnis bringen, wenn der Schleier weggezogen wird.

Bonn hat sich mit seinem „Dienst“, dem BND, immer besonders schwer getan. Was Wunder auch? Seine Ursprünge waren un-, ja antidemokratisch, ging doch der heutige BND aus der „Organisation Gehlen“ hervor, die wiederum zur Erblast des Zwölfjährigen Reiches gehörte („Fremde Heere Ost“). Allein die Lokalität zeigt schon, daß Bonn – die Verkörperung des neuen, besseren Deutschlands – seinen Nachrichtendienst nur mit spitzen Fingern anzufassen gedachte. Nicht in der Nähe des Bundeskanzleramtes wurde der BND placiert, sondern im fernen Isartal. Der Kontrast etwa zum CIA könnte bezeichnender nicht sein. Wer vom Dulles-Flughafen gen Washington fährt, kommt bald an einem Autobahnschild vorbei, das verkündet: „CIA – nächste Ausfahrt“. Nicht, daß der CIA weniger zu verbergen (oder auf dem Kerbholz) hätte als andere westliche Dienste, aber das weithin sichtbare Schild signalisiert: „Wir gehören zum demokratischen Staat und haben eine legitime Aufgabe.“

Die Affäre Stavenhagen – genauer: Panzer für Israel und Pässe für Schalck-Golodkowski – zeigt indes, daß Bonn noch immer kein vernünftiges Verhältnis zu seiner Pullacher Dependence gefunden hat. Was der BND nach Bonn meldet, wird ignoriert oder in Panzerschränken deponiert. Wenn dann ein Staatsminister stürzt, mag das noch unter dem Rubrum „Innen/Parteipolitik“ abzuheften sein. Aber denken wir nur zwei Jahre zurück. Damals hat ein ähnlicher Fall die Stellung der Bundesrepublik im *Äußeren* schwer erschüttert.

Der Fall Rabta – die Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer libyschen Giftgasfabrik – war symptomatisch und exemplarisch zugleich. Der BND hatte die Verwicklung schon seit 1986 nach Bonn gemeldet, aber die Nachrichten blieben auf dem falschen Tisch liegen oder fanden kein Gehör. Dann reiste Kanzler Kohl Ende 1988 nach Washington, wo ihm diskret Materialien über die *Libyan Connection* vorgelegt wurden. Wieder geschah nichts – bis die *New York Times* im Januar 1989 fündig wurde. Und Bonn reagierte mit einer klassischen Volte des

Ertapten: Sündenböcke mußten her.

Der eine wurde in den USA ausgemacht – nämlich die Journaille, die angeblich eine böswillige „Pressekampagne“ gegen die Bundesrepublik angezettelt habe. Der zweite saß in Pullach – eben jener BND, der die Regierung zu spät oder zu vage informiert habe. Die Pullacher rächten sich mit gezielten Indiskretionen, der Kanzler war wütend, und der damalige BND-Chef Hans-Georg Wieck wurde auf elegante Weise strafversetzt – als Botschafter nach Delhi. Daß die Regierung aus dieser Affäre nichts gelernt hat, zeigt sich am Fall Stavenhagen. Er habe es nicht gewußt, daß der DDR-Devisen-Jongleur Schalck vom BND Anfang 1990 mit falschen Papieren ausgerüstet worden war. Eine diesbezügliche BND-Demarche wurde erst in der vorigen Woche in einem Tresor des Bundeskanzleramtes „wiedergefunden“; der Brief sei damals ungelesen weggeschlossen worden.

Quod erat demonstrandum: Was der BND aus dem fernen Pullach meldet, wird in Bonn nicht wahrgenommen. Und deshalb die Frage: Wozu leistet sich dann Bonn seinen „Dienst“? Wenn die Leute nichts taugen, müssen sie durch bessere ersetzt werden. Wenn die Nachrichten bloß „Hin-“, aber keine „Beweise“ liefern, müssen die Dienstler dazu erzogen werden, den Härtegrad ihrer Informationen zu belegen. Wenn der oberste Dienstherr im Bundeskanzleramt sitzt, dann soll er auch wirklich kontrollieren, was seine 7000 Untergebenen für eine Dreiviertelmilliarde Mark pro Jahr anrichten.

Dazu gehört freilich auch ein Respekt vor der Institution, die der BND in Bonn nicht genießt oder nicht bekommt. Einmal in der Woche darf der Chef im Bundeskanzleramt vortragen – auf untergeordneter Ebene. Auch hier ist der Kontrast zum CIA lehrreich: Der liefert *täglich* sein „Intelligence Briefing“ – und zwar im *Oval Office* des Präsidenten. Wer seinen Zuarbeitern keinen Respekt zeigt, darf sich nicht wundern, wenn die in einen müden Trott verfallen oder eigene Süppchen kochen. Und wenn einer mit dem „falschen“ Parteibuch an die BND-Spitze gehievt wird (wie derzeit Konrad Porzner), dann ist das zwar ein gewiefter taktischer Zug (weil so die SPD „eingebunden“ wird), aber kein Mittel, um uralte strukturelle Gebrechen zu kurieren.

Auch wenn der Kalte Krieg vorbei ist – einen Dienst, der nicht bloß Zeitungen ausschneidet oder Satellitenphotos beäugt, braucht jeder Staat. Die Aufgaben sind eher schwieriger geworden. Wer in Moskau putscht, in Deutschland Waffen besorgt, in Bagdad Atombomben baut – das sind kompliziertere Fragen mit mehr

Fragezeichen als sie der Kalte Krieg je aufgeworfen hat. Und sie sind von ungeheurem Belang für das Wohlergehen der Bundesrepublik. Nur: Der BND muß sie beantworten können und Bonn muß zuhören lernen. Dazu gehört vorweg Regierungsnähe, weshalb Berlin auch ein guter Neuanfang für den BND wäre.

p d g